Nr. 37 1. Ausgabe — Sonntag, 8. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13538, 13597, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Kundlach 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Bruttopreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Finanzliga der Nationen

Von unserm ☞-Mitarbeiter

London (Indirekt), 2. Februar

Während sich die Blätter des Lord Northcliffe unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Memorandums das zur Einberufung einer internationalen Valutakonferenz auffordert, auf die Seite der Unterzeichner gestellt haben, macht sich in den Kreisen der altliberalen Politiker und in den Blättern, die Runciman, Asquith, Lord Robert Cecil nahestehen, eine sehr skeptische Note bemerkbar. Die „Times" sprechen bereits von einer „Liga der Nationen in finanziellen Fragen", in der „Westminster Gazette" findet ein Einsender, daß von einer solchen Liga vorderhand nicht die Rede sein könne, weil auf der einen Seite die „neuen Reichen" stehen (wahrscheinlich meint der Einsender die Neutralen, Japan, Argentinien), auf der andern aber die „neuen Armen", nämlich Deutschland, Frankreich, Belgien.

Man kann in den maßgebenden Finanzkreisen Englands tatsächlich zwei scharf getrennte Richtungen beobachten, insofern es sich um die Lösung des Valutaproblems handelt. Die Anhänger der internationalen Konferenz — also die Anhänger der Northcliffe-Presse — finden, daß eine Konferenz, die sich mit der Wiederherstellung oder Festigung der Valuta befassen soll, in allererster Linie dafür Sorge tragen müsse, daß der Frank gerettet werde. In den englischen Banken und im Privatbesitz befinden sich große Bestände an französischen Banknoten und Effekten. Für diese Werte eine neue sichere Grundlage zu schaffen, ist das Streben der Finanzkreise, die jetzt das Schlagwort von der „Finanzliga" ausgegeben haben. In den „Financial News" heißt es, man müsse den Frank von der nach unten gehenden Mark loslösen; der Frank werde von der Mark in den Sturz mitgerissen. Das bedeute, Frankreich werde zusammen mit Deutschland ins Elend getrieben. Eine solche Verquickung der deutsch-französischen „Finanzkatastrophen" könne in England nicht zugelassen werden. Wenn die Mark zusammenbricht, so müsse der Frank auf jeden Fall gesichert werden. Da die „Financial News" ein Northcliffe-Blatt sind, so begreift man diese Ansicht.

In den liberalen Zeitungen wird die Möglichkeit, durch eine internationale Valutakonferenz eine Neufestigung der europäischen Währung zu erreichen, merkwürdigerweise für sehr gering gehalten. Bezeichnend für die Auffassung, die unter den Altliberalen herrscht, ist ein Brief des bekannten britischen Bankfachmannes Andreae, der die Idee einer Valutakonferenz als „unzeitgemäß und unpraktisch" bezeichnet. Andreae vertritt nämlich den von vielen englischen Volkswirtschaftlern unterstützten Standpunkt, daß es für Europa viel wichtiger wäre, so schnell wie nur möglich Rohstoffe für Bearbeitung zu erhalten, als „Ratschläge zur Hebung der Valuta". Man erklärt in den Andreae nahestehenden Kreisen, daß die Valutakonferenz zu keinem festen Beschluß gelangen könne, weil hinter den Beteiligten allerlei diplomatische Drahtzieher stehen würden. Ein Jahr lang werde man beraten, und inzwischen werde sich Europa in ein Grab verwandelt haben. „Weg mit den unfähigen Regierungsleuten, die die Notwendigkeit, rasch und entschlossen zu handeln, noch immer verkennen", schreibt Andreae dem Londoner „Economist". Anstatt einer Valutakonferenz verlangt er die Gründung einer großen englischen Gesellschaft („supercompagnie"), die mit 100 Millionen Pfund die Verteilung von Rohstoffen in den Ländern Mitteleuropas durchführen soll, und zwar auf der Basis von langfristigen Krediten, Lohnarbeit und Rücklieferung von Halb- und Ganzfabrikaten an das Konsortium der Gläubiger.

Der Gedanke ist nicht neu und gehört ins Bereich der vielen Vorschläge und Anregungen, die von deutscher Seite über den Kanal gelangten. Erst jetzt erkennt man aber, daß dieser Gedanke in den englischen Bank- und Wirtschaftskreisen seinen Weg macht. Es steckt dahinter die Absicht, mit Hilfe der deutschen Industrie die Konkurrenz der Amerikaner in Südamerika, Südafrika zu bestreiten. Infolge der Erklärungen des amerikanischen Schatzamtssekretärs Glaß, der die Aufhebung des Goldausfuhrverbotes als Vorbedingung einer Neuregelung der internationalen Finanzbeziehungen verlangte, ist eine gewisse Mißstimmung in den englischen Finanzkreisen gegen Amerika zu spüren. Man würde den Vorschlag Andreaes, eine großzügige Rohstofflieferung Mitteleuropas zu organisieren, ernstlich ins Auge fassen, wenn man nicht fürchten würde, daß die Vereinigten Staaten einschränkende Bestimmungen wegen der Rohstoffabgabe an England treffen könnten . . .

Aus dem Für und Wider der Meinungen, die zur Zeit in England über die Rettung Europas bestehen, läßt sich erkennen, daß die „große Tat", trotz der äußerst kritischen Lage, noch immer auf sich warten lassen wird.

*

Die internationalen Finanzsorgen

× Washington, 6. Februar. Die amerikanische Handelskammer teilt mit, daß sie bereit ist, einen Vertreter für die geplante internationale Finanzkonferenz zu ernennen unter der Voraussetzung, daß den europäischen Regierungen das Schreiben des Schatzkanzlers Glaß vom 30. Januar zur Kenntnis gebracht werde. Wenn sie dann noch die Abhaltung einer Konferenz wünschen, dann müsse die Konferenz im Rahmen des erwähnten Glaß-Briefes stattfinden.

Wie der „Nieuwe Courant" aus Washington meldet, sagte Senator Smooth im Senat in einer Rede, daß in den Vereinigten Staaten unglaubliche Summen in deutscher Mark angelegt seien. Alles müsse getan werden, um die internationalen Finanzmethoden zu verbessern. — Den „Times" wird aus Washington gemeldet, daß die führende republikanische Partei endgültig beschlossen habe, nicht mehr als 50 Millionen Dollar für die Unterstützung Polens, Armeniens und Oesterreichs zu bewilligen. Inzwischen versucht Hoover, durch private Zeichnungen die für die Absendung der Lebensmittel notwendige Summe aufzubringen.

× Haag, 6. Februar. In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer erklärte der Finanzminister, die Regierung sei gern bereit, an den Plänen zur Verbesserung der internationalen Finanzlage mitzuwirken. Er sei aber der Ansicht, daß die Initiative dazu von den Großmächten ausgehen müsse.

*

Die italienische Valuta

ITA. Köln, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet von der Schweizer Grenze: Der fortgesetzte Sturz des italienischen Valores (heutiger Kurs in der Schweiz 30), der hauptsächlich auf Spekulationen zurückgeführt wird, veranlaßte die italienische Regierung, die Notierung der ausländischen Valuten an den italienischen Börsen bis auf weiteres einzustellen.

Scharfe Kritik in Italien

ITA. Köln, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet von der Schweizer Grenze: Die nationalistischen Kreise des Parlaments brachten in der Donnerstagssitzung ihre ganze Erbitterung über die erfolglose Politik der Regierung in der Adriafrage zum Ausdruck, die sie verhindere, der Regierung Vertrauen entgegenbringen zu können. Bittere und teilweise durchaus unparlamentarische Ausdrücke fielen, insbesondere auch über Wilson, was Nitti in nicht geringe Verlegenheit versetzte. Inzwischen bestätigen die Mailänder Blätter die Ueberreichung der gemeinsamen französisch-englischen Note in Belgrad, die in sehr scharfem Ton gehalten sei, auf die Unzulässigkeit aller Gegen- und Abänderungsvorschläge hinweise und die sofortige unzweideutige Annahme des Kompromißvorschlages verlangt.

Verschickung nach Polen

☞ Basel, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Laut „Basler Nachrichten" kam es Freitag früh am hiesigen elsässischen Bahnhof zu starken Protestkundgebungen, als ein Transport polnischer Kriegsgefangener, von Frankreich kommend, eintraf. Die Insassen des Zuges bestanden aus deutschen Kriegsgefangenen, deren Heimat durch den Friedensvertrag unter polnische Oberhoheit gelangt ist. Diese Leute sollten auf Veranlassung der französischen Regierung gegen ihren Willen nach Polen transportiert werden. Sie versuchten, den Zug zu verlassen, wurden jedoch unter militärischer Bedeckung in die Wagen gebracht. Auf der Fahrt nach Zürich sprangen etwa 35 Mann aus den Wagenfenstern und entkamen.

*

Gegen die Verhetzung der Heimkehrer

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich vollzieht sich planmäßig. Die zum Empfang und zur Weiterleitung in die Heimat getroffenen Fürsorgemaßnahmen haben durch die tatkräftige Mitarbeit der Kriegsgefangenenheimkehrstellen und die herzliche Beteiligung der Bevölkerung den Heimkehrenden bewiesen, daß Volk und Regierung sie sehnsüchtig erwartet haben und sich eins fühlen in der Freude über ihre endliche Rückkehr. — Deutschnationale Kreise glauben indessen, den Gedanken nicht ertragen zu können, daß die Hunderttausende der heimkehrenden Kriegsgefangenen eine wertvolle Stütze der Regierung beim Wiederaufbau unsres Vaterlandes bilden werden, und scheuen daher kein Mittel, um die Heimkehrer durch verhetzende, lügnerische Propaganda für ihre eigenen parteipolitischen Zwecke zu gewinnen. Das Verwerfliche dieser Handlungsweise, die darauf ausgeht, Mißtrauen und Zweifel in die Herzen der schwergeprüften Heimkehrer zu säen, spricht für sich selbst und wird von allen einsichtigen Elementen entsprechend bewertet werden.

Die Erpresser am Werk

Aus Paris wird gemeldet: In der Abgeordnetenkammer erwiderte Millerand auf mehrere Anfragen über die auswärtige Politik u. a., Deutschland habe die zugesicherten Kohlenmengen nicht geliefert. Da sonst der Vertrag undurchführbar bleibt, wird Deutschland verständigt werden, daß die Räumungsfristen für die Rheinlande sistiert worden sind. Weitere Maßnahmen ständen ebenfalls zur Verfügung der Alliierten, die von ihnen Gebrauch machen würden, wenn sie es für nötig erachten.

*

Das deutsche Eigentum in Aegypten

Wie die englischen Blätter melden, belastet eine Kabinettsorder das deutsche Eigentum in Aegypten nicht nur mit den gemäß dem Friedensvertrage auf Deutschland entfallenden Verpflichtungen, sondern bestimmt auch, daß daraus Ansprüche britischer Staatsangehöriger an Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei bezahlt werden, sofern diese Ansprüche nicht anderweitig befriedigt worden sind.

*

Wir und Argentinien

Der argentinische Minister des Auswärtigen Dr. Pueyrredon empfing, wie das Wolff-Bureau meldet, einen Vertreter der „Union" in Buenos Aires. Auf die Frage des Berichterstatters: „Wie steht es mit unsern Beziehungen zu Deutschland heute?" antwortete der Minister folgendes:

„Unsre Beziehungen waren niemals herzlicher als jetzt, denn unsre Republik hat die Befriedigung gehabt, daß alle von Deutschland mit unsrer Regierung getroffenen Uebereinkommen ausgeführt wurden. Deutschland hat sein Versprechen, die argentinische Schiffsflagge überall respektieren zu wollen, gewissenhaft gehalten; der beste Beweis dafür ist die ungestörte Fahrt des Panzers „Rivadavia" nach Nordamerika, der das in den Gesandtschaften deponierte Geld holen sollte.

Der U-Boots-Krieg war auf seiner Höhe, und trotzdem erteilte Deutschland allen seinen U-Boots-Kapitänen den Befehl, unserem Kriegsschiff, das man seiner Bauart nach sehr leicht für ein deutschfeindliches halten konnte, freie Fahrt zu lassen."

Vor der Ueberreichung der Note

Es liegen noch keine Meldungen darüber vor, ob und in welcher Weise die Auslieferungsnote mit der Liste in Berlin überreicht worden ist. Man kann sie jede Stunde erwarten, aber ebenso möglich sind neue Verzögerungen. „Liberté" meldet noch am Freitag abend, daß die englische Regierung sich noch nicht über den abgeänderten Text der Begleitnote genähert habe. Nach Mitteilungen von Saint Brice im „Journal" soll diese Note sehr kurz sein, aber in verstärktem Maße den Entschluß der Alliierten nach den letzten Ereignissen zum Ausdruck bringen. Weiter wird gemeldet, daß eine neue Botschafterkonferenz in Paris sich mit der durch den Zwischenfall Lersner und die große Erregung in Deutschland geschaffenen Lage beschäftige. Der englische Lordkanzler wird in Paris erwartet, ferner steht fest, daß Millerand und Nitti kommende Woche nach London reisen. Dort dürfte die Entscheidung über die schwebenden Fragen fallen. Obwohl der Ton, in dem die französischen Blätter über die Liste und ihre Aufnahme in Deutschland schreiben, an Schärfe und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig läßt, scheint es doch, als ob man in den Alliiertenländern schon nach einem

Weg der Verständigung

suche. Die von uns schon gestern kurz zitierte Meldung des „Corriere della Sera", der auffordert, die ganze Frage nicht zu tragisch aufzufassen, scheint typisch für die Stimmung in Italien. Nach einer neuen Meldung soll Italien sogar die Rolle des Vermittlers spielen wollen. Im Zusammenhang damit stehen Meldungen französischer Blätter, nach denen man keine Massenprozesse in Aussicht genommen habe und die Auslieferung der einzelnen Personen erst nach und nach verlangen werde. Auch die Meldung des „Echo de Paris", daß die deutsche Regierung Verhandlungen über die Auslieferungsfrage aufnehmen werde, spiegelt immerhin eine versöhnlichere Stimmung wider. Es liegen folgende Drahtberichte vor:

☞ Wien, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Von unterrichteter italienischer Seite wird erklärt, daß man in der Auslieferungsfrage in Italien der Meinung ist, daß zwischen Frankreich und Deutschland ein Ausweg gefunden werden soll, auf dem man zu einem Kompromiß gelangen könne. Italien werde nichts unversucht lassen, in Paris auf die schwerwiegenden Folgen des Beharrens auf der Auslieferung aufmerksam zu machen, und vermittelnd eingreifen.

⊙ Genf, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" veröffentlicht ein Berliner Telegramm, wonach die deutsche Regierung die Auslieferungen nicht prinzipiell verweigern wolle, sondern Verhandlungen mit den Alliierten verlange. Auf diese Weise hoffe man in Berlin, Zwangsmaßnahmen der Alliierten vorläufig zu entgehen.

⊙ Genf, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Journal des Débats" meldet, daß die Auslieferungen der Deutschen nur nach und nach zu erfolgen hätten. Massenprozesse seien nicht in Aussicht genommen. Die Gesamtliste diene lediglich zur Vorbereitung der deutschen Regierung. Welche Persönlichkeiten zuerst auszuliefern seien, würden die Alliierten nach dem jeweiligen Stand der Prozeßverfahren bestimmen.

Neben den Stimmen, die eine Verständigungsmöglichkeit zugeben, stehen die alten französischen Hetzblätter fast allein mit ihrem Beharren auf den Buchstaben, ihren Drohungen mit Gewalt, ihrer Erklärung der Unnachgiebigkeit. So schreibt der „Temps", daß die deutsche Weigerung die Entente gänzlich kalt lasse. Die Entente habe das Narrenspiel mit der Friedensunterzeichnung, die man zuerst als unannehmbar ablehnte, um sie nachher bedingungslos vorzunehmen, noch nicht vergessen. Genau so würde es auch diesmal kommen, nachdem die Deutschen sich überzeugt haben würden, daß die Entente nicht mit sich handeln lasse. Und „Petit Journal" bläst in das gleiche Horn, wenn es sagt, Deutschland male, um die Alliierten zu erregen, das Gespenst der Revolution an die Wand, aber die Alliierten würden sich nicht durch ein derartiges „plumpes Manöver" beeinflussen lassen. Saint Brice im „Journal" ist wesentlich ruhiger. Er fragt, ob man etwa wieder die Blockade verhängen wolle, oder etwa den Abtransport der Kriegsgefangenen einstellen oder schließlich zu neuen militärischen Besetzungen schreiten werde. Die Unterbindung der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen werde einen neuen Haß hervorrufen. Die Aufrichtung der Blockade werde Frankreich den einzig günstigen Markt verschließen, und militärische Maßnahmen erforderten mindestens große Anstrengungen. Auch Saint Brice sagt dann aber, die Weigerung, die Schuldigen auszuliefern, also der Widerstand gegen eine besonders demütigende Klausel, sei die erste Kundgebung eines Obstruktionsfeldzuges. Man müsse daraus die Nutzanwendung ziehen, daß die Deutschen sich ihren Verpflichtungen entziehen, und muß den Frieden auf der Grundlage sofortiger Verwirklichung regeln, die unabhängig sei vom germanischen schlechten Willen. —

Die englische Presse schreibt in der Hauptsache ganz anders. „Daily News" raten den Alliierten, die ganze Auslieferungsforderung auf sich beruhen zu lassen. Und sehr energisch wendet sich das Blatt „Union of democratic control" gegen das Auslieferungsbegehren. Es schreibt u. a.: „Noch sechs Monate, nachdem die Alliierten einen der vollkommensten Siege, den die Geschichte kennt, davongetragen hatten, als sie nichts mehr zu fürchten brauchten, hielten sie kaltblütig ihre Blockade gegen Deutschland aufrecht und handhabten gegen das hilflose, unbewaffnete deutsche Volk diese grausamste aller Mordwaffen in rücksichtslosester Weise. Dadurch machten sie sich am Tode Hunderttausender deutscher Männer, Frauen und Kinder schuldig. Die Regierungen, die an diesem gewaltigen Verbrechen, das in der Geschichte nicht seinesgleichen hat, schuld sind, wagen, sich selbst zu Richtern der Taten Tausender Personen unter ihren früheren Feinden aufzuwerfen. Das ist eine monströse Heuchelei. Wenn man auf dieser Forderung bestehe, so wäre das Bild der Gerechtigkeit für immer verstümmelt und Europa mit den Giften der Leidenschaften und des Hasses infiziert. Und dadurch werde jeder Versuch, eine internationale Annäherung zuwege zu bringen, zum Scheitern verurteilt."

Die Schweizer Blätter melden aus Paris, daß keine Noten der Alliierten an die Neutrale beabsichtigt seien über die Festnahme und Auslieferung der angeklagten Deutschen. Die Maßnahmen zur Herbeischaffung der ins Ausland geflüchteten Deutschen seien der deutschen Regierung selber überlassen. Im übrigen betrachtet die deutsch-schweizerische Presse die Lage jetzt schon wesentlich ruhiger, ja zuversichtlich. Die „Neue Zürcher Zeitung" hat eindringlich gemahnt. Sie riet Deutschland, die Forderungen der Alliierten anzunehmen, jetzt frage sie die Entente, ob sie nicht bei der Durchführung die Bestimmungen auf die Lage in Deutschland Rücksicht nehmen solle. Die Stockholmer Blätter protestieren auf das schärfste gegen die Haltung der Entente. „Aftonbladet" faßt in einem Leitartikel alle bisher veröffentlichten Aeußerungen der schwedischen Presse gegen das Auslieferungsverfahren zusammen und betont die Einstimmigkeit aller politischen Lager in dieser Frage. Das Blatt meint, es handle sich bei der Stellungnahme gegen die Auslieferungsforderungen nicht nur um eine schwedische, sondern um eine nordische Meinungsäußerung, der man auf jeden Fall, sogar in einer Zeit roher Gewalt, ernste Bedeutung beimessen müsse.

Auch die holländische Presse äußert sich gegen die Forderungen der Alliierten. So schreibt u. a. „Nieuwe Courant", was man jetzt von Deutschland fordere, sei viel schlimmer als das, was man für vollkommen unannehmbar gehalten, als es im Jahre 1914 von Serbien gefordert worden sei. Die politischen Folgen dieser Forderung seien augenblicklich noch gar nicht zu übersehen. Der Pariser Korrespondent des „Algemeen Handelsblad" meldet, die Zusammenstellung der Auslieferungsliste werde von zahlreichen Personen nicht gebilligt. Hauptsächlich fänden viele französische Offiziere, daß das Begehren nach Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs eine Dummheit sei, weil es klar sei, daß keine deutsche Regierung dem zustimmen könne. — Von einer Entspannung in Deutschland kann man heute noch nicht reden. Die Erregung scheint vorläufig noch auf einen Höhepunkt zuzutreiben, der mit dem Eintreffen der Note erreicht werden dürfte. Welche Folgen sie zeitigen wird, läßt sich noch nicht absehen, da dies ganz vom Inhalt und Ton der bis jetzt noch unbekannten Note abhängt.

*

25 Sachsen auf der Liste?

Die jetzt veröffentlichte Liste der von der Entente zur Auslieferung angeforderten Personen enthält soviel Namensverstümmelungen und offenbare Unrichtigkeiten, daß noch gar nicht genau festzustellen ist, inwieweit sächsische Persönlichkeiten auf der Auslieferungsliste enthalten sind. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, glaubt man Grund zu der Annahme zu haben, daß die Liste etwa 25 sächsische Staatsangehörige enthält, zu denen auch einige Mannschaften des Grenadier-Reg. Nr. 101 gehören sollen. Es ist auch noch nicht klargestellt, ob mit dem auf der Auslieferungsliste aufgeführten Prinzen Ernst von Sachsen der dritte Sohn des ehemaligen Königs, Ernst Heinrich, gemeint ist, für welche Annahme allerdings nicht viel Wahrscheinlichkeit vorliegt. Jedenfalls wird sich erst, nachdem die Liste urschriftlich überliefert worden sein wird, feststellen lassen, inwieweit sächsische Staatsangehörige oder Angehörige des früheren sächsischen Truppen-Kontingents zur Auslieferung angefordert worden sind.

*

Stellungnahme der sächsischen Demokraten

Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Sachsens hat in seiner am Freitag in Leipzig abgehaltenen Sitzung einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Die Deutsche Demokratische Partei Sachsens stellt sich geschlossen hinter die Reichsregierung bei deren Bestreben, die entehrende Zumutung auf Auslieferung deutscher Volksgenossen zur Aburteilung durch ausländische Gerichte vom deutschen Volke abzuwenden. Das an die Reichsregierung gerichtete Auslieferungsbegehren ist die schamloseste Verhöhnung von Sitte und nationaler Selbstachtung, welche die Geschichte seit dem barbarischen Altertum kennt. Die Deutsche Demokratische Partei erwartet von der Reichsregierung und Nationalversammlung, daß sie dieses, jedem Völker- und Menschenrecht ins Gesicht schlagende Verlangen aufs äußerste bekämpfen und als das kennzeichnen, was es ist: die brutalste Vergewaltigung des Rechtsgedankens und eine Schande für die gesamte Kulturwelt."

*

v. Lersner zur Auslieferungsliste

Der „Berliner Lokalanzeiger" veröffentlicht eine Unterredung seines Mitarbeiters mit Herrn v. Lersner, der sich folgendermaßen geäußert hat:

Am Dienstag abend ½10 Uhr wurde mir in Paris ein Schreiben des Herrn Millerand übersandt. Der Brief war an mich persönlich gerichtet, trug meinen Namen und enthielt mit der Auslieferungsliste eine Note. In dieser wurde gesagt, daß die Liste der beschuldigten Deutschen nur die Namen derjenigen Uebeltäter enthalte, die am schwersten belastet seien. Die Liste wäre weit unter der Zahl der Attentate, durch die deutsche Staatsangehörige Kriegsrechte und Kriegsgebräuche verletzt hätten. Es sei auch nicht die Absicht der alliierten Regierungen, für die Verbrechen Amnestie zu gewähren, die von nicht auf der Liste stehenden Verbrechern verübt worden seien. Später würden mir in Beantwortung meiner Note vom 25. Januar die Bedingungen mitgeteilt werden, unter denen die alliierten Mächte die Bestimmung des Friedensvertrages in der Auslieferungsfrage ausgeführt zu sehen wünschten.

In der Liste, deren Namen bereits veröffentlicht worden sind, waren die angeblichen Verbrechen näher bezeichnet. Die meisten Deutschen wurden darin der Grausamkeit oder gemeiner Diebstähle bezichtigt. Ich sandte Herrn Millerand die Note und Auslieferungsliste mit einem Schreiben zurück und teilte gleichzeitig der deutschen Regierung telegraphisch mit, daß ich die Folgen meines Schrittes, zu dem ich mich nach schwerem Kampf entschlossen habe, auf mich nehmen müsse und um meine Entlassung aus dem Reichsdienst bäte. Die Geschäfte der deutschen Friedensdelegation und Botschaft in Paris konnte ich niemand übergeben, da ich keinem der in Betracht kommenden Beamten ersuchen konnte, mit der Führung der Geschäfte die Verpflichtung zu einer Handlung zu übernehmen, die ich selbst als gegen mein Gewissen verstoßend abgelehnt hatte. Zwar bin ich mir bewußt, daß mein Verhalten den üblichen diplomatischen Gebräuchen widerspricht, aber die Ausstellung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920020801/1